

Anlässlich der Veröffentlichung des IPCC-Berichts sowie der anstehenden Bundestagswahl richtet das Netzwerk intelligente Mobilität e.V. 10 Forderungen an die Politik:

1. Die Mobilitätswende erfordert eine Neuregulierung des Mobilitätssektors: Eine Stärkung alternativer Mobilitätsformen und die Beseitigung der rechtlichen Bevorzugung des Kfz-Verkehrs. Die Nutzung des ÖPNV soll durch ein kostengünstiges Angebot erhöht und der Fahrradverkehr durch die Anpassung des Straßenverkehrsrechts, z.B. durch die Etablierung von Fahrradstraßen und shared spaces, gestärkt werden. Zur Verringerung des Kraftstoffverbrauchs und Schaffung von Anreizen zum vollständigen Verzicht auf das Auto innerorts, sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:
Einführung einer Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts und/ oder die Einführung einer City-Maut. Zur Regulierung derartiger Anreize soll den Kommunen ein weitgehender Gestaltungsspielraum eingeräumt werden. Für einen nachhaltigeren Autoverkehr sind ferner eine sinnvolle Parkraumbewirtschaftung zu ermöglichen sowie ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen einzuführen.
2. Klimaschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen müssen dringend beseitigt werden, insbesondere die Steuerbefreiung für Kerosin und die Subventionierung von Regionalflughäfen, das Dieselprivileg, das Dienstwagenprivileg und die Pendlerpauschale (Entfernungspauschale), aber auch die Kaufprämie für Hybridfahrzeuge. Der CO₂-Preis muss zügig auf das vom Umweltbundesamt empfohlene Niveau angehoben werden.
3. Fahrzeuge mit Benzin-/Diesel-/Erdgasantrieb sind bis zu ihrer Außerbetriebstellung bzw. Verschrottung in den Erst-/Zweit- und Drittmärkten im Regelfall mindestens 20 Jahre in Nutzung, die letzten Jahre oftmals außerhalb Deutschlands bzw. Europas. Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, dürfen somit spätestens ab 2030 keine solchen Fahrzeuge mehr in den Verkehr gebracht werden. Deshalb fordert NiMo ein Verbot der Neuzulassung von Fahrzeugen mit Verbrennerantrieb einschließlich entsprechender Hybrid-Fahrzeuge.
4. Die Bundesregierung schafft ab 2022 keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr an. Zudem wird die Förderung für die Anschaffung von lokal emissionsfreien Verkehrsmitteln für Land- und Kommunalverwaltungen deutlich erhöht.
5. In allen Groß- und den meisten Mittelstädten gibt es bereits CarSharing-Angebote, in Kleinstädten sowie ganz besonders in ländlichen Kommunen sucht man diese jedoch meist noch vergeblich. Doch gerade hier sind Sharing-Fahrzeuge, die man unkompliziert zu jeder Tageszeit sowohl für kurze als auch weitere Fahrten buchen kann, besonders wichtig, damit die Landbevölkerung trotz des geringer ausgebauten ÖPNV auf den eigenen (Zweit- oder Dritt-)Wagen verzichten kann. Weil nahezu jeder fahrtüchtige Erwachsene über einen eigenen Pkw verfügt und dessen Abschaffung für den Umstieg auf ein neu geschaffenes CarSharing-Angebot meist einem längeren Entscheidungsprozess unterliegt, steigt die Auslastung neuer CarSharing-Stationen erst schrittweise an. Die CarSharing-Anbieter sind jedoch nicht in der Lage, die in dieser Zeit entstehenden Verluste selbst zu tragen. Deshalb fordert NiMo einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 10.000 € für jede neue CarSharing-Station mit mindestens zwei Elektrofahrzeugen im ländlichen Raum. Behörden und Unternehmen, die ihre Dienstfahrzeuge entweder ins CarSharing einbringen oder diese

zugunsten der Nutzung neu geschaffener CarSharing-Stationen ersatzlos abschaffen, sollen eine Prämie in Höhe von 3.000 € je Fahrzeug erhalten.

6. Es wird der Ausbau des ÖPNV und des Fern- und Regionalverkehrs gefordert. Hierzu gehören neben klimaschonenden Antriebstechnologien auch die Servicequalität in Form von attraktiven und flexiblen Angeboten. Ebenso fordern wir den Einsatz bzw. Umsetzung von angebotsübergreifende Mobilitätsplattformen, die eine einfache und durchgängig buchbare Reisekette ermöglichen.
7. In der kommenden Legislaturperiode soll der Ausbau von Radinfrastrukturen weiter gefördert sowie zusätzlich in die notwendigen Personalkosten für die Umsetzung investiert werden, damit die erforderlichen Maßnahmen auch entsprechend geplant und anschließend durchgeführt werden können.
8. Der Bundesverkehrswegeplan wird klar an Nachhaltigkeit und Klimaschutz orientiert. Kurzfristig werden bei der Bedarfsüberprüfung (Dezember 2021) alle Projekte auf Kompatibilität mit dem 1,5°-Ziel des Pariser Klimaabkommens überprüft und neu priorisiert. Nicht-kompatible Projekte werden gestoppt (frei werdende Mittel ermöglichen den Ausbau klimafreundlicher Infrastruktur).
9. Im Bereich der betrieblichen Mobilität braucht es preislich attraktive, nachhaltige Alternativen zum motorisierten Individualverkehr. Dies erfordert flexible Angebote in Form von Mobilitätspauschalen bzw. Mobilitätsbudgets. Wir fordern: Diese müssen analog zu Dienstrad und Jobticket steuerfrei gestellt werden und die regulatorischen Rahmenbedingungen müssen insgesamt so gestaltet werden, dass Unternehmen und Institutionen diese Angebote auch in der Praxis anbieten können.
10. Für eine langfristige Strategie zur Erreichung der Klimaziele werden auch unkonventionelle und kommunikative Maßnahmen wie umfassende Marketingkampagnen für den Umweltverbund und Kampagnen zur Ausbildung von einem neuen Verständnis zur vielfältigen Nutzung von Mobilitätsangeboten (bereits bei Kindern) finanziell und personell gefördert.

Über NiMo

Das interdisziplinäre Netzwerk intelligente Mobilität (NiMo) e.V. wurde im Frühjahr 2011 gegründet, um die Weiterentwicklung und Verbreitung intelligenter Mobilität voranzubringen und ihre öffentliche Akzeptanz zu fördern. Ziel ist es, durch das Zusammenwirken verschiedenster Akteure aus dem Mobilitätsbereich und darüber hinaus die Idee der intelligenten Mobilität für Unternehmen und öffentliche Organisationen weiter zu entwickeln, bekannter zu machen und im betrieblichen Alltag zu verankern, um damit einen Beitrag zur Senkung von Kosten und CO₂-Ausstoß zu leisten, und gleichzeitig die Attraktivität für die Mitarbeiter zu steigern.

Kontakt:

Leitung der Geschäftsstelle
Manou Fuchs

E-Mail: geschaeftsstelle@nimo.eu

Telefon: +49 2241 5455478

Netzwerk intelligente Mobilität e.V. (NiMo)
Lindlaustraße 2c
53842 Troisdorf
www.nimo.eu